

## **Deutsche Städte und Gemeinden fordern Befreiung von Asylkosten**

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund fordert Befreiung von Asylkosten und warnt vor temporärer Entlastung durch Rückgang der Asylbewerberzahlen. Integration als langwieriger Prozess betont.

### **Städte- und Gemeindebund: Forderung nach Befreiung von Asylkosten**

Die aktuellen Entwicklungen in Bezug auf Asylbewerberzahlen zeigen eine gewisse Entspannung, aber für den Deutschen Städte- und Gemeindebund ist dies nur vorübergehend. Der stellvertretende Hauptgeschäftsführer, Uwe Zimmermann, fordert eine vollständige Befreiung der Kommunen von den Asylkosten. Diese Forderung basiert auf der Tatsache, dass Städte und Gemeinden derzeit noch stark mit der Unterbringung, Versorgung und Integration von Geflüchteten belastet sind.

### **Appell an die Politik**

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund betont, dass die vorübergehende Entlastung in Bezug auf die Asylbewerberzahlen keine langfristige Lösung darstellt. Zimmermann erklärt, dass die Integration von Geflüchteten ein langwieriger Prozess ist, der eine nachhaltige Unterstützung erfordert. Insbesondere in Einrichtungen wie Kitas und Schulen ist eine langfristige Entlastung erst möglich, wenn der Zuzug von Asylsuchenden dauerhaft und nicht nur vorübergehend abnimmt.

# Statistiken zu Asylanträgen

Laut Daten des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge haben im Zeitraum Januar bis März 2024 insgesamt 71.061 Personen einen Asylantrag in Deutschland gestellt. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies eine Abnahme um 19,2 Prozent, was einen gewissen Rückgang der Asylbewerberzahlen zeigt. Trotz dieser positiven Entwicklung besteht weiterhin die Notwendigkeit, die Kommunen von den finanziellen Belastungen im Zusammenhang mit der Unterbringung und Integration von Geflüchteten zu befreien.

- **NAG**

Details

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://n-ag.de)**